

NRW kann mehr – NRW kommt wieder!

Wirtschaftspolitischer Vergleich der vier größten Bundesländer

Baden-Württemberg
Bayern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

NRW kann mehr – NRW kommt wieder!

Unser Bundesland Nordrhein-Westfalen steht an einem Wendepunkt. Am 22. Mai 2005 wird die Landtagswahl entscheiden, ob es weiter geht wie bisher oder ob endlich ein Wechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik unseres Landes zu Stande kommt.



Hartmut Schauerte MdB

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung hat seit vielen Jahren in regelmäßigen Abständen die wirtschaftliche Lage des Landes im Vergleich zu anderen westdeutschen Flächenländern betrachtet. Immer wieder wurde klar, dass NRW seine Chancen nicht nutzt. Ein Land mit einer starken Industrie, großen Chancen bei Innovationsbranchen und mit einem breiten leistungsfähigen Mittelstand braucht sich nicht zu verstecken. Aber man

muss den Menschen und den Unternehmen die Möglichkeit geben, zu zeigen, was in ihnen und dem Land steckt.

Hierzu brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die Freiheiten lässt, die Lasten nimmt und die Neues interessiert angeht, statt es skeptisch zu sehen. Hierzu brauchen wir aber auch eine seriöse Finanzpolitik, die den Landeshaushalt endlich wieder ins Lot bringt und die rasende Verschuldung des Landes stoppt, durch die unsere Kinder und Enkel um ihre Chancen gebracht werden. Dabei sind wir uns sicher, dass NRW mehr kann, dass NRW wieder kommt! Das Land leidet unter fast 40 Jahren sozialdemokratischer Regierungen und zehn Jahren grüner Gängelungen. Leider ist – dies zeigt der Wirtschaftspolitische Ländervergleich erneut – unser Bundesland wieder weiter zurückgefallen: beim Wirtschaftswachstum, bei der Arbeitslosigkeit, bei der Verschuldung der Öffentlichen Haus-

halte, bei den Exporten und bei den Innovationen.

Um so größer müssen die Anstrengungen sein, umso mehr müssen wir uns bemühen, unsere Ziele für das Land und die Menschen zu erreichen.

Wir wollen, dass NRW in zehn Jahren Baden-Württemberg eingeholt und möglichst überholt hat. Wir wollen die Aufholjagd am 22. Mai 2005 beginnen. Ein letzter Blick zurück auf den langsamen Vorläufer, Stabwechsel und dann den Blick nach vorn. Denn NRW kommt wieder!

Düsseldorf im April 2005



Hartmut Schauerte MdB

Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Inhalt

1. Wirtschaftswachstum

- Wohlstand basiert auf Wachstum 4
- Die rot-grüne Wachstumslücke 4
- Wirtschaftswachstum 2003/2004 4
- Neues Bewusstsein für die Wirtschaft schaffen 6
- Rot-Grünes Vermächtnis: 1965 – 2004 7
- Wachstums-Bilanz:
Vom Vorreiter zum Schlusslicht 7
- Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum 1965 und 2004 8

2. Arbeitsmarkt

- Über eine Million Arbeitslose dürfen nicht zum Dauerzustand werden. 9
- Im Vergleich stürzt NRW weiter ab 9
- Jahresdurchschnitt offenbart politisches Versagen 10
- Der 40-Jahresvergleich zeigt: NRW fiel unter der SPD-Regierung zurück. 11

3. Exporte

- Exportweltmeister wollen wir in NRW wieder werden! 13
- Pro-Kopf-Exporte 13
- Exportanteil schrumpfte in der SPD-Regierungszeit seit 1965 stetig 14

4. Öffentliche Haushalte

- Rot-Grün kann Insolvenz anmelden! 15
- Die CDU hat das Land konsolidiert übergeben. Die SPD führt das Land in die Verschuldung. 15

5. Insolvenzen

- Rot-Grün macht Pleite! 17
- Gesamtzahl der Insolvenzen 2004 17
- Insolvenzhäufigkeit 2004 18

6. Selbständigkeit

- Mut zum Risiko belohnen 19

7. Innovation und Technologie

- Hürden statt Rückenwind für Fortschritt 20
- Gesamtzahl der neuen Patente 20
- Patentanmeldungen pro Einwohner 20

8. Bildung und Ausbildung

- Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist schlecht 21
- 5.000.000 Stunden Unterrichtsausfall 21
- Unsere Kinder erhalten den wenigsten Unterricht 22

Quellen

23

Impressum

24

1. Wirtschaftswachstum

Wohlstand basiert auf Wachstum

„Ohne Wachstum kein steigender Wohlstand und keine neuen Arbeitsplätze. Aber auch mit Wachstum sind Wohlstand und Arbeitsplätze nicht programmiert.“ Diese grundlegende ökonomische Regel muss man sich vor Augen halten, will man die Lage unseres Bundeslandes fair und realistisch untersuchen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die Summe aller produktiven Leistungen – Güter wie auch Dienstleistungen – die in unserem Land erbracht werden. Als Messlatte für den Erfolg einer Wirtschaft ist das BIP die entscheidende Größe. Seit vielen Jahren beobachtet der Wirtschaftspolitische Ländervergleich ein rot-grünes Phänomen in NRW: Regelmäßig liegt unser Bundesland deutlich hinter den vergleichbaren westlichen Bundesländern.

Die rot-grüne Wachstumslücke

Betrachtet man das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen seit 1995, so ergeben sich im Vergleich mit Bayern deutliche verpasste Wachstumschancen.

Seit 1995 wuchs die nordrhein-westfälische Wirtschaft um 8,9%. In Bayern konnten dagegen 19,7% mehr Güter und Dienstleistungen erwirtschaftet werden. Im Durchschnitt wuchs damit in diesem Zeitraum die NRW-Wirtschaft jährlich um 0,98%, die bayerische allerdings um im Schnitt 2,19%.

Wäre NRW jährlich auf bayerischem Niveau gewachsen, so wäre das Wachstum im Jahr 2004 um 51 Mrd. Euro höher ausgefallen. 2003 belief sich die Lücke über diesen Zeitraum noch auf 46 Mrd. Euro. Wir Nordrhein-Westfalen wollen uns nicht durch rot-grüne Politik abhängen lassen.

Die Wachstumslücke muss weg. Wir wollen, dass NRW wieder aufholt.

Wirtschaftswachstum 2003/2004

Die tatsächlichen Zahlen belegen die beschriebene Wachstumslücke einmal mehr sehr genau. Während das BIP in NRW lediglich um 1,4% anstieg, lag der Bundesschnitt bei 1,6%. Niedersachsen schnitt mit 1,2% ab, Baden-Württemberg mit 1,6% und Bayern lag mit 1,9% weit vor NRW.

Die beschriebene Wachstumslücke betrug – betrachtet man nicht die gesamte Zeitreihe, sondern allein 2003 auf 2004 – bei einem Wachstum wie im unionsregiertem Bayern 2,1 Mrd. Euro.

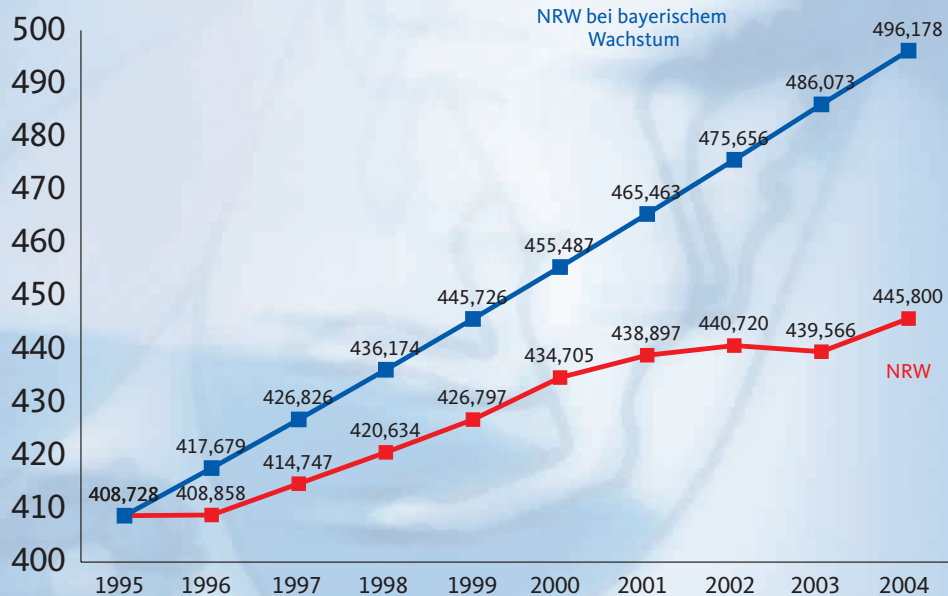
Diese Rolle als Schlusslicht muss aber nicht sein. Nordrhein-Westfalen kann mehr. Dass Politik mit

Wachstum des BIP, tatsächlich und mit angenommenen 1,19% auf bayerischem Niveau, von 1995 bis 2004 in Mrd. Euro

vernünftigen Rahmenbedingungen und einer positiven Grundeinstellung gegenüber Unternehmertum und Wirtschaft auch die Wohlstandsquelle Wachstum fördern kann, beweisen unionsgeführte Bundesländer immer wieder.

Zielmarke für die Union ist hier ein jährliches Wachstum von mindestens 2% in den kommenden Jahren. Erst ab dieser Schwelle treten bei guten sonstigen Rahmenbedingungen Beschäftigungseffekte ein.

Wenn wir es in den ersten zwei Legislaturperioden einer unionsgeführten Landesregierung schaffen, dass NRW dauerhaft die 2%-Marke nicht mehr unterschreitet, ist viel erreicht. Dann können wir uns auch mit den anderen vergleichbaren Bundesländern messen.



Neues Bewusstsein für die Wirtschaft schaffen

Was ist dafür zu tun? Vor allem eine neue Einstellung der Politik gegenüber der Wirtschaft, der Industrie und den selbständigen Mittelständlern in unserem Land, die der Job- und Wohlstandsmotor in NRW sind. Wachstum entfaltet sich nur in Freiheit und Eigenverantwortung.

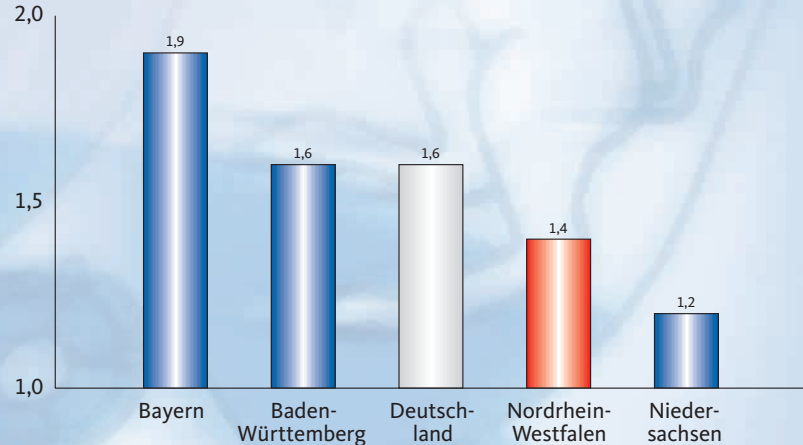
Hier sehen wir viele mögliche Rezepte: Flexiblere und längere Arbeitszeiten, um im Wettbewerb zu bestehen. Die Reduzierung von rechtlichen Regelungen und die Umsetzung von EU-Regelungen in nationales Recht nur noch 1:1 und nicht darüber hinaus. Die Vereinfachung des Verwaltungs- und Genehmigungsdschungels, der oftmals Investitionen behindert und unternehmerischen Elan abwürgt.

Wir wollen wachstumsorientierte Politik statt eine der Wirtschaft gegenüber grundsätzlich skeptisch eingestelltes Handeln. Wirtschaft schafft Wohlstand, das haben Sozialdemokraten und auch Grü-

ne nie verstanden. Wirtschaft braucht Freiheit. Wirtschaft muss nicht gegängelt und dauernd beaufsichtigt werden. Arbeitnehmern und Arbeitgebern muss man etwas zutrauen und ihnen mehr Eigenverantwortung und auch den Mut zum

selbstverantwortlichen Handeln zugestehen. Das ist es, was CDU-Wirtschaftspolitik von der SPD und den Grünen unterscheidet. Das macht den Wachstumsvorsprung aus.

Veränderung des Bruttoinlandsproduktes in 2004 gegenüber dem Vorjahr in Prozent (real, in Preisen von 1995, 2. Fortschreibung)



Rot-Grünes Vermächtnis: 1965 – 2004

Fast 40 Jahre lang regierten die Sozialdemokraten in unserem Bundesland. Sie fanden bei ihrer Regierungsübernahme 1966 ein hoch industrialisiertes Bundesland mit motivierten Menschen und einem überdurchschnittlichen Wachstum vor.

Fast 40 Jahre des wirtschaftlichen Abstiegs sind Grund genug, die Startbedingungen unseres Bundeslandes im Wettbewerb zu den vergleichbaren Ländern aufzuzeigen und die leider gegenläufigen Entwicklungen, in die uns die SPD und in den vergangenen zehn Jahren Rot-Grün geführt hat, festzustellen.

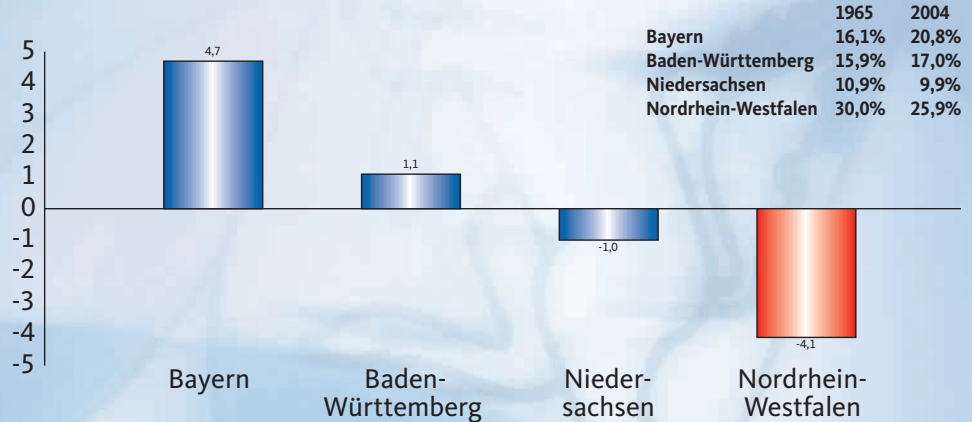
Wachstums-Bilanz: Vom Vorreiter zum Schlusslicht

1965, dem letzten Jahr der CDU-Regierung unter Ministerpräsident Franz Meyers, stand NRW im Ländervergleich blendend da. Nordrhein-Westfalen hielt einen Anteil von 30,0% des BIP Westdeutschlands. Bis heute schrumpfte dieser Anteil

Veränderung des Anteils der Länder am westdeutschen BIP

1965 bis 2004 in Prozent

(Bundesgebiet vor der Wiedervereinigung und ohne Berlin-West)



um 4,1% auf 25,9%. Bayern dagegen legte von damals 16,1% um 4,7% zu und erreicht heute 20,8%. Diese Umkehrung der Verhältnisse haben SPD und

Grüne mit ihrer Politik zu verantworten. Die Zahlen von 1965 zeigen aber auch, dass die Menschen in NRW viel leisten können, wenn man sie nur lässt.

Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum 1965 und 2004

Politik kann keine Arbeitsplätze schaffen. Es sind die Menschen unseres Landes und die Unternehmen in denen sie arbeiten, die Wirtschaftswachstum schaffen.

Aber die Politik setzt Rahmenbedingungen für die Leistungen der Menschen und der Unternehmen. Sie beeinflusst diese positiv oder negativ.

Der Blick zurück zeigt, dass die Bürger in Nordrhein-Westfalen große Leistungen erbringen können und nicht unterdurchschnittlich sind. Unterdurchschnittlich ist die rot-grüne Politik für unser Land.

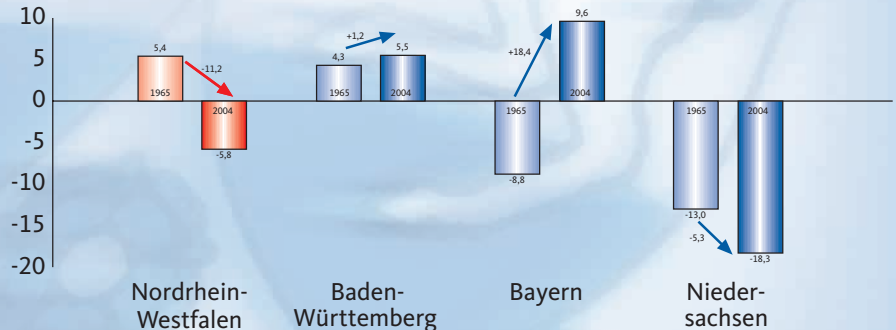
1965 trug jeder Einwohner im Schnitt 4.116 Euro nominal zum Bruttoinlandsprodukt bei. Diese Zahl ist natürlich nicht vergleichbar mit den 26.643 Euro, die der heutige Schnitt beträgt. Preisbereinigungen, Veränderungen der Statistik und neue Erhebungsmethoden lassen dies nicht zu. Ver-

gleichbar ist aber das damalige und heutige Verhältnis zum jeweiligen westdeutschen Durchschnitt. 1965 lag das BIP pro Kopf in NRW um 5,4% höher als der Bundesdurchschnitt. 2004 lagen wir 5,8% darunter. Gleichzeitig veränderte sich das Ergebnis zum Beispiel in Bayern in genau die andere Richtung. 1965 lag der Freistaat mit 3,562 Euro

pro Einwohner 8,8% unter dem Bundesschnitt. 2004 hatte das Bundesland aufgeholt und übertraf das Pro-Kopf-Wachstum um 9,6%. Da wollen wir auch wieder hin. Dass wir so zurückgefallen, sind geschah in der SPD-Regierungszeit. Es geht aber auch anders, wie das Beispiel Bayern zeigt.

Vergleich des Pro-Kopf-Bruttoinlandsproduktes der Länder in der Relation zum westdeutschen Durchschnitt 1965 und 2004 (in %)

Auf Basis des nominalen BIP unter den jeweiligen Bedingungen (Bundesgebiet vor der Wiedervereinigung ohne Berlin-West)



2. Arbeitsmarkt

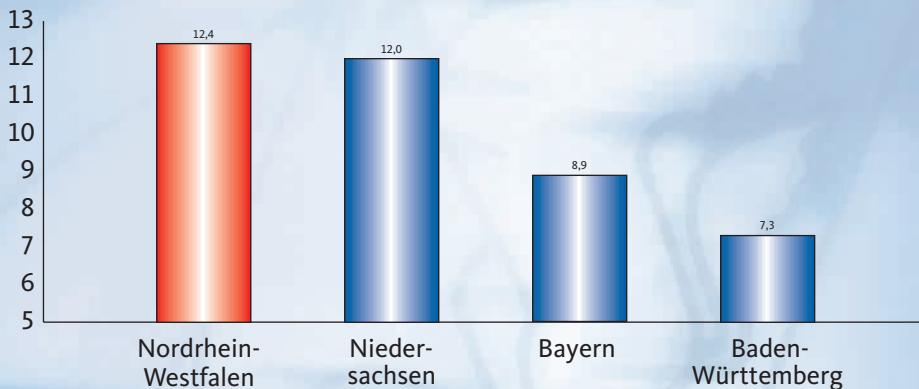
Über eine Million Arbeitslose dürfen nicht zum Dauerzustand werden.

Die Zahl von 1.086.271 Arbeitslosen im März 2005 in Nordrhein-Westfalen ist erschreckend. Für den einzelnen Betroffenen ist sie ein schweres Schicksal. Leider scheint Rot-Grün diese Situation als unveränderliche Realität anzusehen und sich damit abzufinden, dass rund eine Million Menschen in der Arbeitslosigkeit verharren.

Trotz der vielfachen Versprechen der vergangenen Jahre aus Berlin wie auch aus Düsseldorf hat sich nichts geändert, noch schlimmer: Die Zahl der Arbeitslosen steigt immer weiter.

Die Überschreitung der Millionengrenze kann man nicht den Regelungen von Hartz IV zum Vorwurf machen. Das ist nicht der Grund. Hartz IV führt nur dazu, dass Arbeitslose, die vorher nicht mit-

Arbeitslosenquote (in %) bezogen auf alle Erwerbspersonen im März 2005



gezählt wurden, nun in der Statistik aufgeführt werden.

Im Vergleich stürzt NRW weiter ab

Mit 12,4% erreicht NRW im Frühjahr des Wahljahres 2005 einen traurigen Höhepunkt bei der Arbeitslosenquote. Gleichzeitig bestimmen Diskussionen

um wichtige Industriestandorte in unserem Bundesland die öffentliche Debatte. Großpleiten und Standortverlagerungen lassen weitere Beschäftigungsverluste befürchten. Der immer weiter gehende wirtschaftliche Abschwung, der bundesweit unter Rot-Grün zu beobachten ist, schlägt auf NRW ungleich stärker als auf andere vergleichbare westliche Flächenländer durch.

Jahresdurchschnitt offenbart politisches Versagen

Es zeigt sich am deutlichen Abstand im Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenquoten, dass unionsregierte Bundesländer trotz immer neuer Fesseln für die Wirtschaft durch zusätzliche Vorschriften, Steuern und Wettbewerbsnachteile, mit der Belastung durch Arbeitslosigkeit besser zurechtkommen.

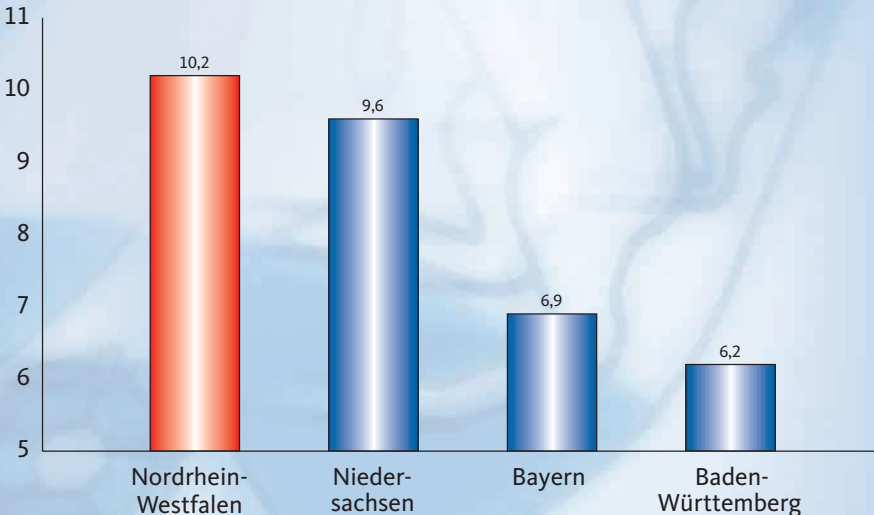
2004 lag in unserem Vergleich nur NRW über der 10%-Marke. Für 2005 steht zu befürchten, dass 11% im Jahresdurchschnitt leider keine Utopie mehr sein werden. Alle anderen Bundesländer schneiden deutlich besser als NRW ab. Es zeigt sich, dass Politik durch die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas und positiver Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft helfen kann, Jobs zu schaffen.

Es ist nicht unabänderlich, dass NRW zum Beispiel gegenüber Baden-Württemberg eine um 4% hö-

here Arbeitslosenquote im Jahresschnitt hat. Die Menschen und die Betriebe in NRW leiden unter einer Politik des „Weiter so“, die seit fast 40 Jah-

ren das Land lähmt. Diese Menschen und Betriebe könnten mehr, würde man sie nur lassen.

Arbeitslosenquote (in %) bezogen auf alle Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt 2004



Der 40-Jahresvergleich zeigt: NRW fiel unter der SPD-Regierung zurück.

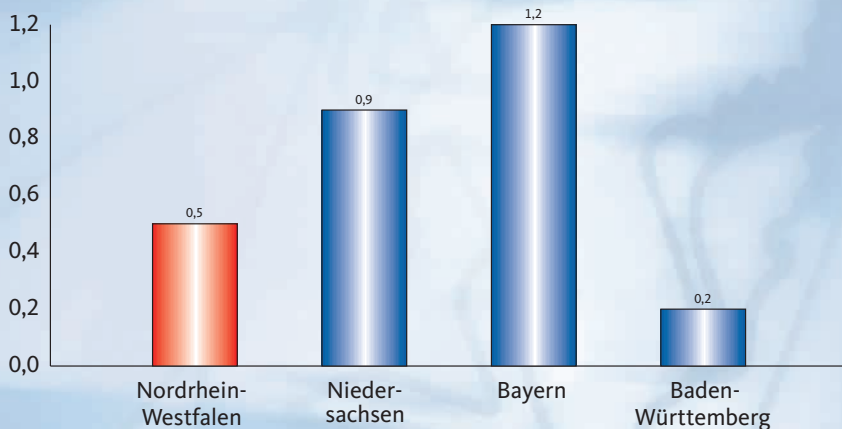
Dass Politik unterschiedlich wirkt, dass Nordrhein-Westfalen es besser kann, beweist unser Rückblick.

Vergleichen wir den Stand der Arbeitslosenzahlen von 1965 und heute, so ist klar, dass die Zahl von 33.943 Arbeitslosen im Jahresschnitt 1965 natürlich nicht direkt mit der von 899.791 im Jahr 2004 vergleichbar ist.

Aber die verheerenden Folgen von sozialdemokratischer und später rot-grüner Politik in NRW zeigen sich an den langfristigen Kennziffern im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

1965 betrug die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich gerade einmal 0,5%. Im März 2005 waren es dagegen 12,4%. Damit rangierte das von Franz Meyers (CDU) regierte Land sehr gut in der Rangliste der Bundesländer. Niedersachsen stand bei 0,9%. Baden-Württemberg

Arbeitslosenquote (in %) im Jahresdurchschnitt 1965



* 1965 gemeinsam mit Bremen erfasst

erreichte mit 0,2% fast Vollbeschäftigung. Bayern war in unserem Vergleich Schlusslicht mit 1,2% Arbeitslosigkeit. Auch die Gesamtzahl der Arbeitslosen war in Bayern damals mit 43.698 massiv höher als in NRW (33.943). Dies zeigt ganz deutlich, dass Nordrhein-Westfalen nicht immer Schlusslicht

war und dass es dies auch nicht für immer bleiben muss. Interessant ist, dass mit der Regierungsübernahme der SPD 1966 die Abwärtsspirale begann. Schon 1967 betrug die Arbeitslosenquote 2,2% und 1974 überholte NRW (2,9%) in Sachen Arbeitslosigkeit zum ersten Mal Bayern (2,8%).

3. Exporte

Exportweltmeister wollen wir in NRW wieder werden!

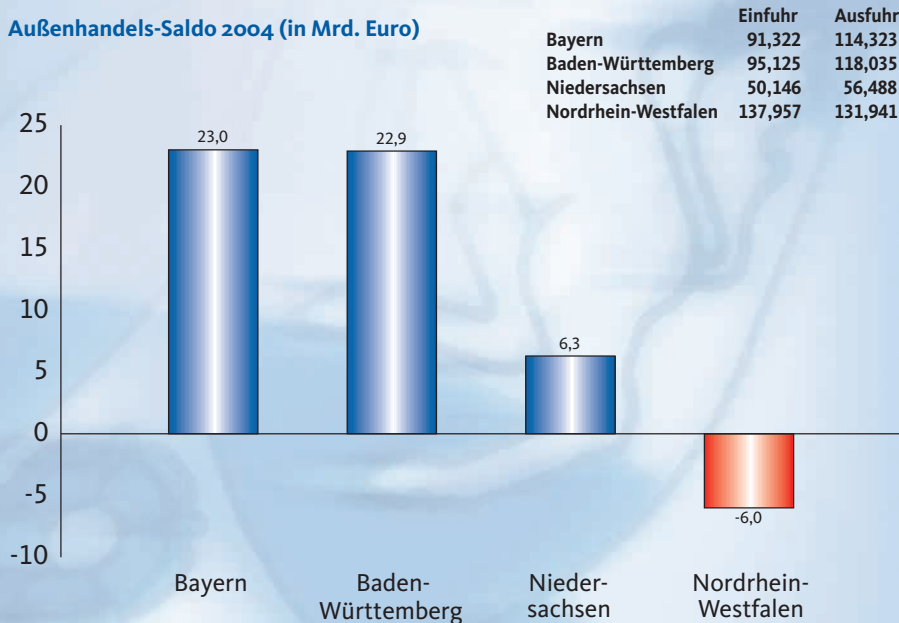
„Deutschland ist Exportweltmeister!“ – mit dieser simplen Botschaft versucht Rot-Grün davon abzulenken, dass unsere Wirtschaft auf Talfahrt ist. Vor allem in NRW ist dieser Satz immer wieder regierungsamtlich zu hören. Aber Deutschland ist nur dort Exportweltmeister, wo die Union die Geschicke eines Bundeslandes lenkt.

In Nordrhein-Westfalen jedenfalls liegt die Basis der guten Exportzahlen nicht. Dies beweist der Exportsaldo des Landes zwischen Einfuhr und Ausfuhr. Wir haben 2004 mit Waren im Wert von 137,9 Mrd. Euro massiv mehr importiert als wir exportierten (131,9 Mrd. Euro). Das ist ein Außenhandelsdefizit von 6 Mrd. Euro. Alle anderen Vergleichsländer dagegen schnitten positiv ab.

Niedersachsen mit einem Plus von 6,3 Mrd. Euro 2004. Bayern und Baden-Württemberg jeweils mit

einem Saldo von etwa 23 Mrd. Euro. Hier ist Deutschland Exportweltmeister!

Außenhandels-Saldo 2004 (in Mrd. Euro)



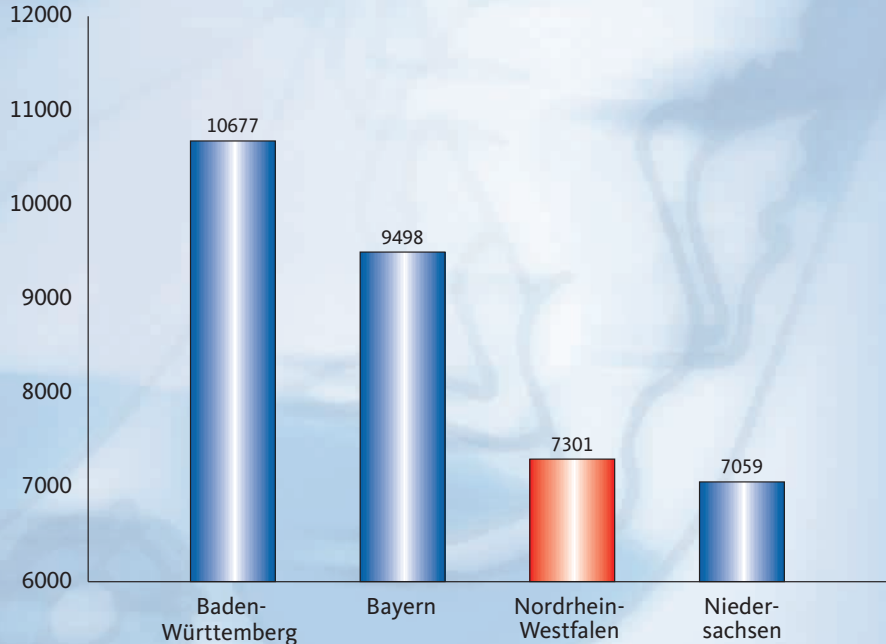
Pro-Kopf-Exporte

Brechen wir das Exportvolumen auf die Größe des Landes herunter und errechnen wir die Exporte pro Kopf der Bevölkerung, so steht NRW heute wie schon seit vielen Jahrzehnten auf dem vorletzten Platz unseres Vergleichs.

Das Industrieland Nordrhein-Westfalen hat nicht nur einen negativen Exportsaldo, es exportiert auch unterdurchschnittlich wenig in Relation zu seiner Einwohnerzahl. In Nordrhein-Westfalen betragen die Pro-Kopf-Exporte 2004 7.301 Euro je Einwohner. In Niedersachsen waren dies 7.059 Euro, in Bayern 9.498 Euro und in Baden-Württemberg sogar 10.677 Euro.

Dieses ist ein weiteres Indiz für die schleichende Deindustrialisierung unseres Landes, die es zu stoppen gilt. Wir wollen hier eine Standort- und Wirtschaftspolitik, die unsere Industrie und den exportierenden Mittelstand im Wettbewerb stärkt, statt immer neue Hindernisse aufzubauen.

Pro-Kopf-Exporte nach Bundesländern (2004) in Euro



Exportanteil schrumpfte in der SPD-Regierungszeit seit 1965 stetig

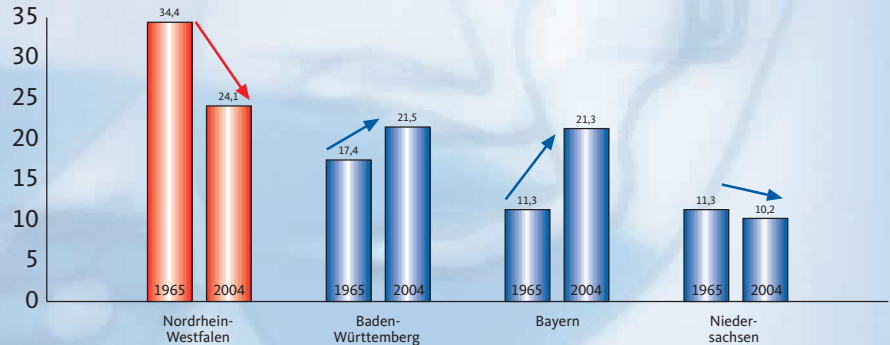
Hindernisse, sei es eine überbordende Bürokratie, sei es ein undurchdringliches Dickicht von Förderprogrammen und Landesgesellschaften, die Unternehmen eher abschrecken statt sie zu ermutigen, sei es eine ideologisch übertriebene ökologische Reglementierungswut, fesseln unser Land schon seit Jahrzehnten.

Doch so war das nicht immer. Seit Beginn der sozialdemokratischen Regierungen in NRW im Jahr 1966 schrumpfte der Exportanteil unseres Landes an den deutschen Ausfuhren immer weiter. Wir haben unsere Exporte im Jahr 2004 mit denen des Landes im letzten Jahr der CDU-Landesregierung Meyers in 1965 verglichen. 1965 exportierte NRW noch 34,41% des Gesamtvolumens Westdeutschlands. 2004 waren es nur noch 24,1%. (jeweils Bundesgebiet vor der Wiedervereinigung ohne Berlin-West). Über 10% verloren wir gegenüber den Wettbewerbern im eigenen Land. Eine

missratene Strukturpolitik brachte uns ins Hintertreffen gegenüber anderen Bundesländern, die schneller und besser reagierten und damit ihren Bürgerinnen und Bürgern Chancen gaben, die diese nutzten. Diesen Trend gilt es zu stoppen und wieder umzukehren.

Denn hoch qualitative Güter aus NRW haben ihren Platz auf den Weltmärkten, das beweisen viele Unternehmen bei uns, die große Erfolge im Export haben. Aber die Politik, muss das Klima für mehr Wettbewerbsfähigkeit schaffen, dann gewinnen wir auch wieder Marktanteile für „Made in NRW“ hinzu.

Exportanteil 1965 bis 2004



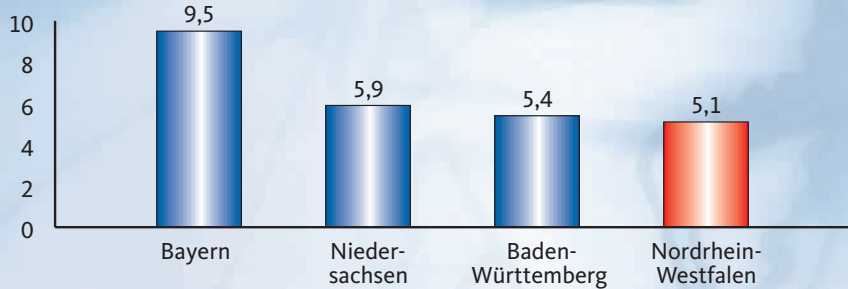
4. Öffentliche Haushalte

Rot-Grün kann Insolvenz anmelden!

Wäre NRW ein Unternehmen, müsste die rot-grüne Regierung für das Land Insolvenz beantragen. Viel schlimmer noch, Steinbrück könnte Insolvenzverschleppung nachgewiesen werden. Das Land weist eine Rekordverschuldung auf und Rot-Grün gibt munter weiter Geld aus. Längst sind die durch die hohe Verschuldung entstehenden Zinsen eine fixe Größe im Haushalt, die den Gestaltungsrahmen der Landespolitik lähmt. Die Zahlen des Nachtragshaushalts lesen sich wie ein Horrormoman: Nettokreditaufnahme 6,91 Mrd. Euro, Zinsausgaben 4,68 Mrd. Euro bei eigenen Investitionen von nur noch 3,65 Mrd. Euro. Die Gesamtverschuldung des Landes liegt inzwischen bei 110 Mrd. Euro. Wir wollen nicht, dass noch unsere Kinder diesen rot-grünen Schuldenberg zurückzahlen müssen. Haushaltskonsolidierung hat für uns Priorität.

Investitionsquote 2003, in Prozent

Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik

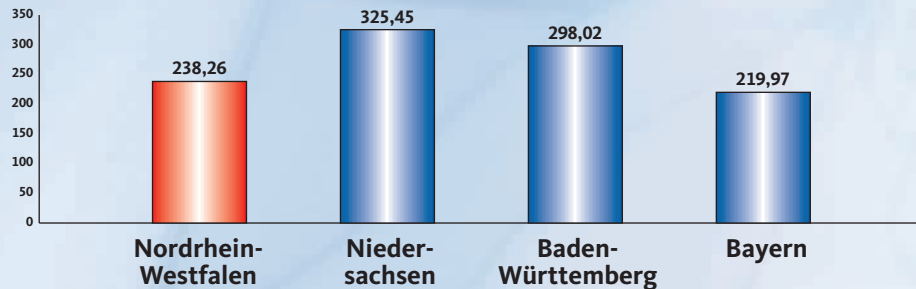


Die CDU hat das Land konsolidiert übergeben. Die SPD führt das Land in die Verschuldung.

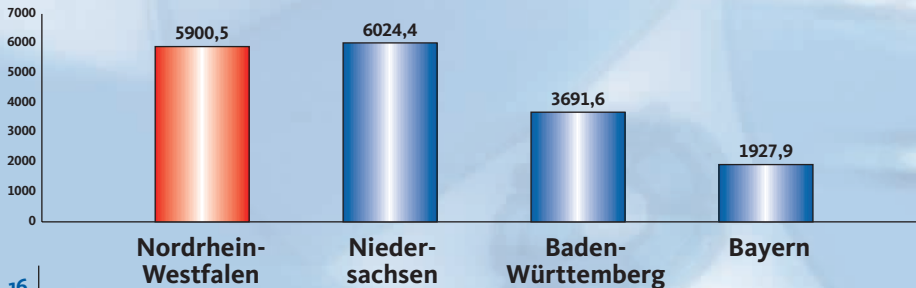
Nachdem die CDU den Landeshaushalt in NRW 1965 ein gutes Stück zur Konsolidierung gebracht hatte, war es SPD-Politik, direkt im folgenden Jahr wieder Schulden zu machen. Seit damals hat die SPD nun einen Schuldenstand von 110 Mrd. Euro erreicht. 1965 war der Schuldenstand NRWs mit 7,8 Mrd. DM nur unwesentlich höher als der der anderen Bundesländer, zum Beispiel 4,9 Mrd. DM in Baden-Württemberg. Bei der Pro-Kopf Verschuldung

zeigt sich der Abstand dann auch sehr deutlich (hier zum Vergleich in Euro umgerechnet), in NRW 238 Euro in 1965 und in Baden-Württemberg 298 Euro. Seitdem nahm die Pro-Kopf Verschuldung in NRW auf mehr als das 24fache zu während sie in Baden-Württemberg nur auf das 12,4fache und in Bayern sogar nur auf das knapp 9fache anstieg. Das zeigt wie die SPD ihre Politik auf dem Rücken der nachfolgenden Generationen macht. Während andere Bundesländer ihre Verschuldung im Rahmen halten, sprengt die SPD bei uns die öffentlichen Kassen.

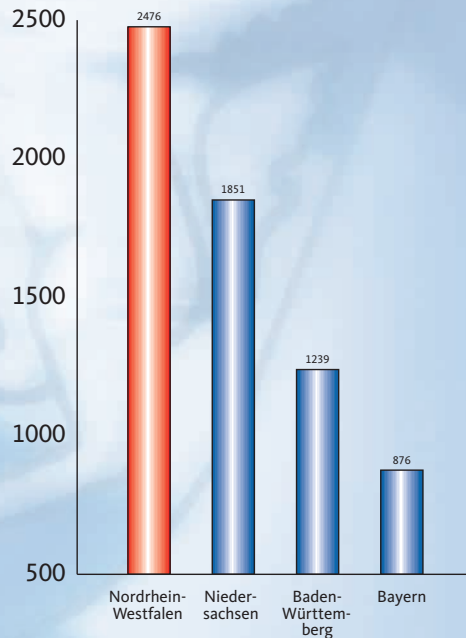
Öffentliche Verschuldung der Landeshaushalte je Einwohner 1965 (in Euro)



Öffentliche Verschuldung der Landeshaushalte je Einwohner 2004 (in Euro)



Anstieg der öffentlichen Verschuldung je Einwohner von 1965 bis 2004 (in Prozent)



5. Insolvenzen

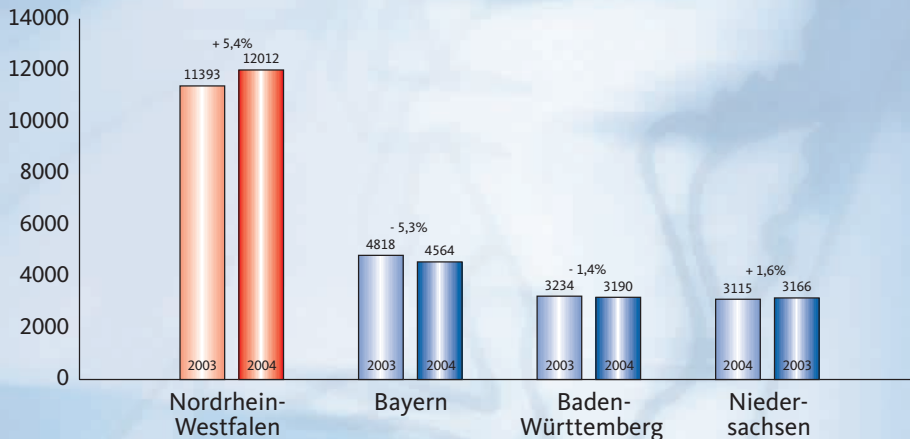
Rot-Grün macht Pleite!

Jedes Jahr müssen wir erneut diagnostizieren, dass die Zahl der insolventen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen einen neuen Höhepunkt erreicht. Einige große Namen erscheinen in der Presse. Viele kleine und mittelständische Betriebe verschwinden mit weniger öffentlichem Interesse. Für den Unternehmer und für betroffenen Mitarbeiter aber steht die Existenz auf dem Spiel. Es gibt bei diesem Thema leider kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen.

Gesamtzahl der Insolvenzen 2004

Auch im Jahr 2004 konnte keine Entspannung in NRW festgestellt werden. Es zeigt sich sogar, dass im Gegensatz zu anderen Bundesländern bei uns die Pleitenwelle weiter rollt, während andere auf

Unternehmensinsolvenzen 2004, Veränderung 2003/2004 in Prozent



erste Erfolge verweisen können. In NRW gingen 2004 12.012 Unternehmen Pleite. In Niedersachsen waren es 3.166, in Bayern 4.564 und in Baden-Württemberg 3.190. So Besorgnis erregend diese Zahl ist, deutlich wird das Versagen der SPD-geführten Landesregierung erst, wenn man die Entwicklung

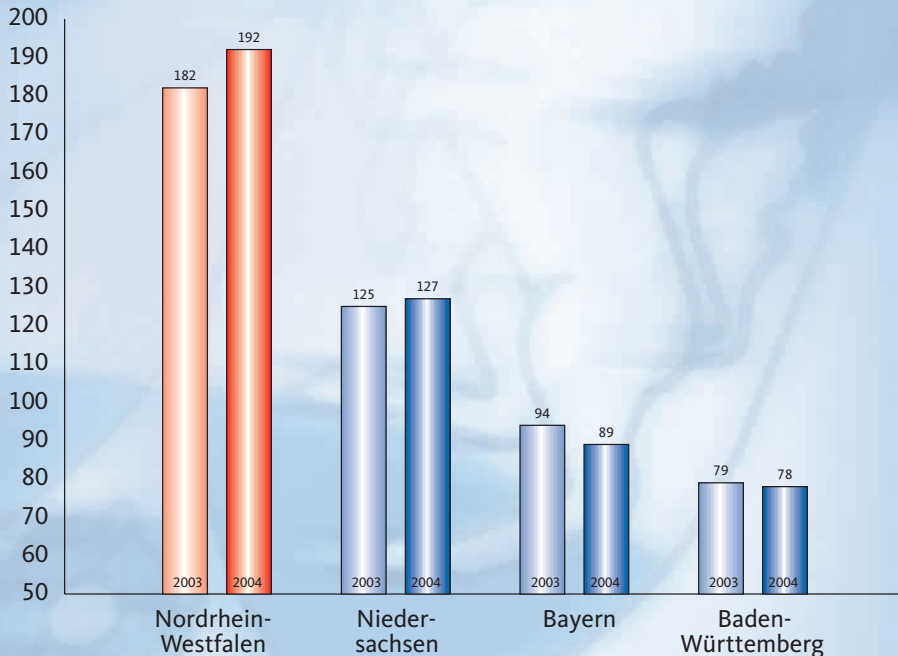
im Vergleich zum Vorjahr betrachtet. Während Bayern 5,3% weniger Pleiten zu verzeichnen hat, Baden-Württemberg mit einem Minus von 1,4% und Niedersachsen mit einem Plus von 1,6% relativ stabil bleiben, wächst die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche in NRW von 2003 auf 2004 um 5,4% an.

Insolvenzhäufigkeit 2004

Dieses Versagen der Politik, Rahmenbedingungen für lebensfähige Unternehmen zu schaffen, kostet jährlich viele tausend Arbeitsplätze: Allein 2004 waren es in NRW direkt in den insolventen Unternehmen fast 51.000. Nordrhein-Westfalen schläft in der Bekämpfung von Unternehmenspleiten. Rot-Grün verschlimmert die Lage durch immer neue Belastungen und Reglementierungen.

Dementsprechend stieg auch die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Pleiten je 10.000 Unternehmen, wieder einmal massiv an, während sie in anderen Bundesländern sank oder konstant blieb. Die Insolvenzhäufigkeit betrug 2003 in NRW 182, gegenüber 192 in 2004. In Bayern sank sie von 94 auf 89, in Baden-Württemberg von 79 auf 78. In Niedersachsen stieg sie leicht von 125 auf 127. Wieder einmal wird es in NRW schlechter statt besser. Hier muss ein Politikwechsel her, der das Firmensterben offensiv angeht: Mit mehr Freiheit statt mehr Gängelung und Belastung.

Insolvenzhäufigkeit 2004 (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen)



6. Selbständigkeit

Mut zum Risiko belohnen

Selbständigkeit hat sehr viel mit Mut zu tun. Unternehmerische Tätigkeit bedeutet auch immer den Mut zum Risiko. Es baut auf dem Willen auf, das eigene Kapital und die eigenen Fähigkeiten einzusetzen, um Erfolg zu haben. Und das Ergebnis zahlt sich nicht nur für den Unternehmer aus, sondern auch für unser Land. Unternehmer schaffen Arbeitsplätze, sie schaffen Mehrwert, den unser Bundesland dringend braucht.

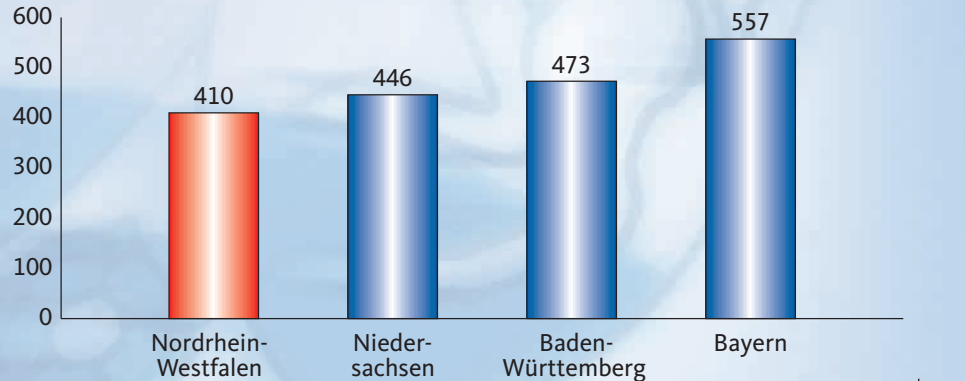
Aber dort, wo Mutlosigkeit und Pessimismus herrschen, mangelt es an diesem Mut zur Selbständigkeit. Sicherlich fehlt es den Nordrhein-Westfalen nicht an Fähigkeiten oder Ideen. Es fehlt nur am Glauben, dass dieser Staat sie die eigenen Chancen nutzen lässt. Deswegen hinkt NRW bei der Anzahl der Selbständigen jedes Jahr aufs Neue hinterher.

In NRW betrug die Zahl der Selbständigen je 10.000 Einwohner 410. In Niedersachsen waren es 446, in Baden-Württemberg 473 und in Bayern 557.

Statt echte Selbständigkeit zu fördern, verlässt man sich auf staatlich sanktionierte „Ich-AGs“, die nur die Statistik schönen, aber nur selten lebens-

fähige Unternehmen hervorbringen. Der Start in die Selbständigkeit darf nicht behindert werden. Er muss durch eine die Selbständigkeit fördernde Wirtschaftspolitik unterstützt werden.

Selbständige 2004 je 10.000 Einwohner



7. Innovation und Technologie

Hürden statt Rückenwind für Fortschritt

NRW ist ein High-Tech-Standort. Aber die Zukunftschancen werden in unserem Bundesland nicht optimal genutzt. Immer wieder blockiert Rot-Grün technologischen Fortschritt und behindert Innovationen im Land. Aus der Staatskanzlei kommen nur Ankündigungen und Phrasen zu diesem Thema. Die Realität sieht leider anders aus und die kann nur mit einem Politikwechsel langfristig verändert werden.

Gesamtzahl der neuen Patente

Zahlen für das Jahr 2004 werden erst ab Mai 2005 vorliegen, aber der Rückblick auf die vergangenen Jahre zeigt, dass in NRW eben nicht so geforscht und erfunden wird, wie in anderen vergleichbaren Bundesländern.

Schon 2002 hatte NRW weniger Patente als im

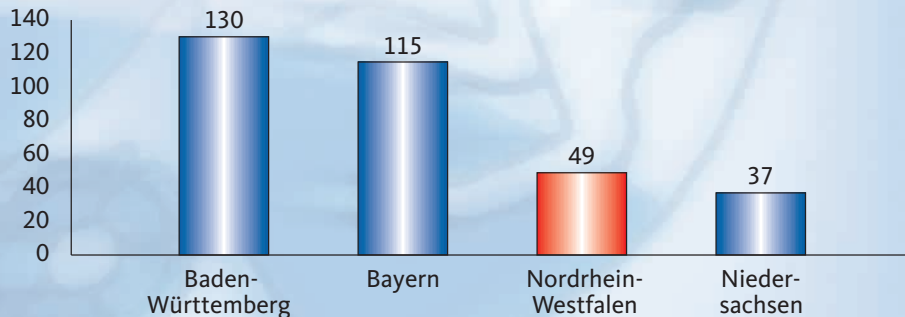
Vorjahr 2001, während andere Bundesländer durchgehend zulegen. 2003 setzte sich diese Entwicklung fort.

Anmelder aus Nordrhein-Westfalen ließen in diesem Jahr 8.796 Patente registrieren. Dies waren nochmals 229 weniger als 2003. In Niedersachsen (2.983, plus 24), Baden-Württemberg (13.888, plus 1.066) und Bayern (14.279, plus 135) dagegen legte man zu.

Patentanmeldungen pro Einwohner

Umgerechnet auf die Pro-Kopf-Relation ergibt sich für unser Bundesland, dass pro 100.000 Einwohner 49 Patentregistrierungen vorgenommen werden. Kein gutes Ergebnis, sind dies doch in den unionsregierten Ländern 115 in Bayern und 130 in Baden-Württemberg. Niedersachsen kommt auf einen Wert von 37 neuen Patenten je 100.000 Einwohner.

Anzahl der Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner in 2003



8. Bildung und Ausbildung

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist schlecht

Neben den allgemeinen Arbeitslosenzahlen ist es immer wieder sehr bedauerlich, dass auch viele Schulabsolventen keine Arbeit, keinen Ausbildungsplatz finden. Für NRW ist diese Situation schon seit Jahren besonders gravierend. Im Jahr 2004 war der Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen für Nordrhein-Westfalen mit 3.358 recht niedrig, wenn man dagegen die Zahl 9.456 der noch nicht vermittelten Bewerber sieht.

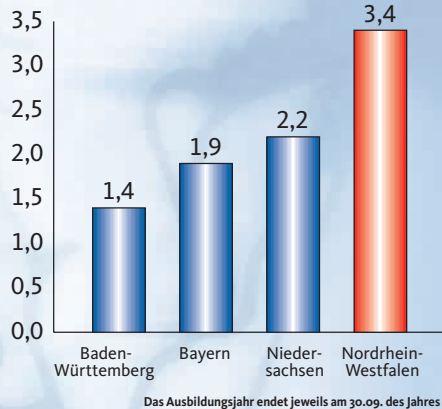
Allein diese Zahl ist seit 2003 um 2.399 gestiegen, während die Zahl der unbesetzten Stellen um 290 gefallen ist. Der Überhang an Azubi-Bewerbern in NRW ist mit 6.098 der höchste der vier verglichenen Bundesländer. In Bayern sind es nur 2.295 noch nicht vermittelte Jugendliche, in Niedersachsen 1772 und in Baden-Württemberg lediglich 1519 zum Ende des Ausbildungsjahres.

Gewichten wir dies und beziehen wir sie auf die Einwohnerzahlen der jeweiligen Bundesländer, so liegt NRW mit 3,4 Bewerbern pro 10.000 Einwohner deutlich an der Spitze. In NRW gehen mehr als drei Azubis pro 10.000 Einwohner leer aus und erhalten keine Stelle. In Niedersachsen beträgt dieser Wert nur 2,2, in Bayern 1,9 und in Baden-Württemberg nur 1,4.

5.000.000 Stunden Unterrichtsausfall

Die Situation in den Schulen in Nordrhein-Westfalen ist katastrophal. Die SPD-Bildungspolitik führt dazu, dass Schüler in NRW im Durchschnitt 800 Stunden weniger Unterricht erhalten als ihre Mitschüler in anderen Bundesländern. Bereits in der Grundschule werden 500 Stunden weniger erteilt als in Bayern. Daher ergibt sich am Ende einer Schullaufbahn für Abiturienten, dass sie bis zu drei Jahre weniger Unterricht erhalten als ihre Mitschüler in Österreich. Leider kommt dazu in Nordrhein-Westfalen noch die schlechte Lehrer-Einstellungspolitik der SPD, was dazu führt, dass noch 4,9% der Stunden im Durchschnitt ausfallen.

Nicht vermittelte Ausbildungssuchende pro 10.000 Einwohner Stand Sept. 2004



Der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalens gibt diese Zahl sogar mit 10,6% an, was auf zehn Jahre ein Jahr Unterricht bedeutet. Darüber hinaus gilt für Nordrhein-Westfalen auch noch ein zu großer Schnitt bei den Klassengrößen, was individuelle Förderung unmöglich macht.

Schüler-Lehrer-Relation

Individuelle und kompetente Betreuung und Ausbildung ist die beste Voraussetzung für zukünftige gut qualifizierte Mitarbeiter in unseren Betrieben. Allerdings ist die Bilanz NRW's in diesem Punkt ziemlich miserabel. NRW stellt den vorletzten Platz im Länderranking wenn es um die Schüler-Lehrer-Relation geht. Nur in Schleswig- Holstein waren 2002 noch mehr Schüler in einer Klasse einem Lehrer zugeteilt: 17 Schüler kommen auf einen Lehrer. In Niedersachsen sind dies durchschnittlich nur 16,9, in Bayern 16,7 und in Baden-Württemberg nur 16,0.

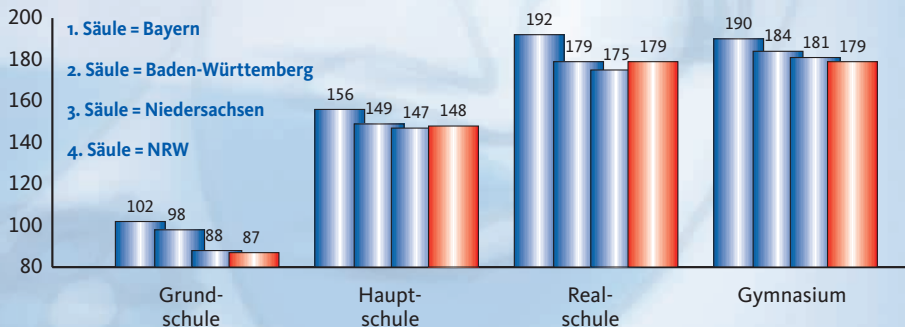
Unsere Kinder erhalten den wenigsten Unterricht

Schon in der schulischen Bildung werden die Grundlagen für die Qualifizierung unserer späteren Mitarbeiter gelegt. Nach den gezeigten Ergebnissen zu den Personal-Schüler-Relationen sollten wir uns einmal ansehen, wie viel Zeit für unsere Kinder

investiert wird. Nach den Ergebnissen des Bildungsberichtes für Deutschland 2003 im Auftrag der Kultusministerkonferenz wird in NRW bezüglich der Mindestwochenstunden (hier: Klassen 5 bis 10) nach den summierten Stundentafeln weniger unterrichtet als in anderen Bundesländern.

Sei es in Grund-, Haupt- und Realschule oder im Gymnasium: Unsere Kinder erhalten immer am wenigsten Unterricht und dabei ist der mit 4 bis 10% zu beziffernde erschreckende Unterrichtsausfall nicht eingerechnet.

Summe der Mindestwochenstunden von Klasse 5 bis 10 und 1 bis 4 in der Grundschule
Stundentafeln Schuljahr 2003/2003



Quellen

- Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder
- Arbeitskreis Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung der Länder
- Bayerisches Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
- Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
- Bundesagentur für Arbeit
- CDU-Landtagsfraktion NRW
- Globus Infografik/dpa
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln
- Kultusministerkonferenz
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW
- Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik
- Statistisches Bundesamt
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften eurostat
- Verband Creditreform
- sowie eigene Berechnungen

**Viele gute Gründe
für den Wechsel!**



**Am 22. Mai ist
Landtagswahl.**

Herausgeber

Hartmut Schauerte MdB

Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschafts-
vereinigung der CDU NRW und mittelstandspolitischer
Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Redaktion

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf
Klaus Gravemann, Stefan Simmnacher,
Sascha Hermes

Links

www.arbeitsagentur.de
www.bayern.de
www.bvr.de
www.creditreform.de
www.destatis.de
www.europa.eu.int/comm/eurostat
www.iwkoeln.de
www.kmk.org
www.lids.nrw.de
www.mit-nrw.de
www.nls.niedersachsen.de
www.prognos.com/zukunftsatlas
www.statistik-bw.de
www.statistik-bw.de/VolkswPreise/ArbeitskreisVGR

**Viele gute Gründe
für den Wechsel!**



**Am 22. Mai ist
Landtagswahl.**